

Presseinformation der BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Konferenz zum Ersten Bundesgleichstellungsbericht der Bundesregierung 24.02.2011

Pressemitteilung
24.02.2011

Kommunale Frauenbüros: Frauen müssen raus der Zuverdienerinnen-Rolle

Die Gleichstellungspolitik in Deutschland ist voller Widersprüche. Wie diese aufgelöst werden können, haben die kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) am 24. Februar in Berlin zum Auftakt der Konferenz zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung erläutert.

So steht das geplante Betreuungsgeld dem Ziel entgegen, Frauen nach der Familiengründung den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern. Gleichzeitig setzen das Ehegattensplitting und die Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse von Frauen einen Anreiz, gar nicht oder nur geringfügig beschäftigt zu sein. „Frauen verlieren bei einer längeren Erwerbspause den Anschluss und müssen sich mit Jobs unterhalb ihrer Qualifikation zufrieden geben. Das ist die falsche Antwort auf ihren Bildungsvorsprung“, sagt Ida Hiller, Bundessprecherin der BAG.

Frauen dürfen sich nicht länger auf die Rolle der Zuverdienerin reduzieren lassen. Die BAG fordert deshalb die Einführung der Individualbesteuerung statt des Ehegattensplitting, die Abschaffung der Minijobs sowie die rechtlich garantierte Rückkehr auf eine Vollzeitstelle. Außerdem muss das Tempo beim Ausbau der Krippenplätze beschleunigt werden und das Elterngeld weiterentwickelt werden.

Die Weichen für gleiche Chancen und gleiche Bezahlung im Berufsleben werden aber schon früher gestellt. Immer noch dominieren Frauen in den gering entlohnten personenbezogenen Dienstleistungsberufen. Trotz der großen gesellschaftlichen Bedeutung von Berufen wie Hebamme, AltenpflegerIn, ErzieherIn oder Krankenschwester werden diese gesellschaftlich und finanziell immer noch unterbewertet – und das schon in der Ausbildungsphase. Oftmals müssen sie sogar noch Schulgeld entrichten.

Dagegen werden Auszubildende in den männlich dominierten Berufen wie Betonbauer, Mechatroniker etc. deutlich besser entlohnt und erwerben sogar schon Rentenansprüche in der Ausbildung. „Die vollzeitschulischen Berufe müssen dringend aufgewertet werden – auch mit Blick auf den Boom im Pflege- und Gesundheitssektor“, fordert BAG-Bundessprecherin Roswitha Bocklage. Die BAG drängt daher auf eine Vereinheitlichung der dualen und vollzeitschulischen Ausbildung.

Teilzeit, niedrige Entlohnung und lange Erziehungspausen führen zu Narben in der Erwerbsbiographie und damit zu Armut im Alter. Schon jetzt beträgt die Rentenlücke in Westdeutschland 35 Prozent, im Osten 16 Prozent. „Langfristig müssen Frauen eigene Rentenansprüche aufbauen, die sich nicht einseitig an der Höhe des Einkommens und der Kontinuität der Erwerbstätigkeit orientieren“, so Christine Rabe, Gleichstellungsbeauftragte des Berliner Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf.

Über 100 kommunale Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte werden sich auf der zweitägigen Konferenz „Gleichstellung in der Lebenslaufperspektive“ zum Gutachten der Sachverständigenkommission positionieren. Die Kommission hat mit ihrem Gutachten die wissenschaftliche Grundlage zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung geliefert.

Für Rückfragen:

Nathalie Sopacua (0176/ 840 38 512) Katrin Lechler (0178/6771583), (0176/ 63134470) Mail:
konferenz.gleichstellungsbericht@frauenbeauftragte.de
